

GTIF – GLOBAL TOURISM INTERVENTIONS FORUM

C/O Ecumenical Coalition on Tourism

96,2ND District, Pak Tin Village, Mei tin Road. Shatin N.T. Hongkong SAR

TSUNAMI: AUFFORDERUNG ZUM HANDELN WIEDERAUFBAU UND REHABILITATION

Dieser Handlungsaufruf wurde anlässlich der von EQUATIONS organisierten Jahreskonferenz "Zur Situation des Tourismus in Indien: Entwicklung von Verantwortungsmodellen" und eines Strategie-Treffens des 'Global Tourism Interventions Forum' verabschiedet. Die Veranstaltungen fanden vom 5. bis 12. Juli 2005 in Bangalore (Indien) statt.

Drei Monate vor Beginn der touristischen Hauptsaison haben wir, die Beteiligten des 'Global Tourism Interventions Forums' (GTIF)*, zusammen mit verschiedenen Akteuren aus vom Tsunami betroffenen südasiatischen Ländern intensiv die Flutwelle und ihre Auswirkungen diskutiert. Wir als GTIF geben unserer Besorgnis über die Ergebnisse und Erfahrungsberichte unserer Mitglieder und Partner Ausdruck, die in den Tsunami-Gebieten in Indien, einschließlich der Inselgruppe der Andamanen und Nikobaren, in Sri Lanka und Thailand arbeiten und dort Studien durchgeführt haben. Wir knüpfen an unseren **"Handlungsaufruf: Solidarität mit den Opfern der Flutkatastrophe im Indischen Ozean – Solidarität im Tourismus?"** an, den wir einen Monat nach der Katastrophe auf dem Weltsozialforum 2005 in Porto Alegre herausgegeben haben (s. *TourismWatch* Nr. 38, *Anhang*). Wir veröffentlichen daher nun einen Folgeaufruf, in dem wir auf die drängenden Probleme des Wiederaufbaus und der Rehabilitation im Zusammenhang mit der touristischen Entwicklung aufmerksam machen.

Nach dem Tsunami brachten die Regierungen der betroffenen Länder, der "Geberländer" und der internationalen Gemeinschaft eine Fülle von Rettungs-, Rehabilitations- und Wiederaufbauplänen auf den Weg, darunter den "Phuket Action Plan" der Welttourismusorganisation (WTO), mit dem Ziel, wieder Touristen in die vom Tsunami betroffenen Länder zu bringen.

Wir fordern alle Regierungen, zwischenstaatliche Organisationen, Hilfsorganisationen, die Tourismuswirtschaft und die Zivilgesellschaft auf, die Art und Weise des Umgangs mit den Auswirkungen der Flutwelle zu überdenken.

Naturkatastrophen spiegeln das Ungleichgewicht im Verhältnis zwischen Mensch und Natur wider, eine Tatsache, die von modernen Entwicklungsmodellen oft ignoriert wird. Nach reiflicher Überlegung fordern wir, dass alle dokumentierten traditionellen, natürlichen und technischen Schutzmaßnahmen strikt umgesetzt werden sollten.

Um sicherzustellen, dass dem Bedarf der Bevölkerung vor Ort Rechnung getragen wird, müssen alle Rehabilitations- und Wiederaufbaumaßnahmen von den Menschen vor Ort entwickelt und umgesetzt werden, in Übereinstimmung mit ihren Entscheidungen, die ihrer jeweiligen Religion, Kultur und ihrem Lebensstil entsprechen, und indem dabei vor Ort vorhandene Materialien, Talente und Fähigkeiten eingesetzt werden.

Die Regierungen müssen sicherstellen, dass im Wiederaufbau- und Rehabilitationsprozess nationale Richtlinien und Gesetze bezüglich der Küstenentwicklung, z.B. die "Coastal Regulation Zone Notification" in Indien und der "Coastal Conservation Act" in Sri Lanka streng eingehalten werden, um die Umwelt und die Lebensgrundlagen der einheimischen Bevölkerung zu schützen. Dies beinhaltet die Einhaltung internationaler Konventionen und Abkommen der Vereinten Nationen und ihrer Organe zu Menschenrechten und nachhaltiger Entwicklung - wie die Erklärung der Menschenrechte, die Frauen- und Kinderrechtskonvention, die ILO-Konventionen, insbesondere die Kernarbeitsrechte und die Rechte indigener Völker - sowie die Konventionen, Empfehlungen und Aktionspläne der Kommission für nachhaltige Entwicklung, der Agenda 21 und der Prinzipien eines nachhaltigen Tourismus, und insbesondere der Konvention über Biologische Vielfalt.

Regierungsrichtlinien und -vorschriften sowie die Umsetzung von Tourismuskonzepten sollten die Bedürfnisse der einheimischen Bevölkerung berücksichtigen. Ebenso sollte sichergestellt werden, dass durch die Tourismusindustrie einheimische Gewerbetreibende (lokale Wirtschaftssysteme) nicht verdrängt und die Menschen nicht aus ihren angestammten Wohn- und Lebensräumen vertrieben und natürliche Ressourcen nicht verschwendet werden.

- Sowohl das Aufbringen als auch die Vergabe von Hilfsleistungen soll unabhängig von Volkszugehörigkeit, Religion, gesellschaftlichem Status, Geschlecht, Kaste oder Glauben erfolgen. Die Regierungen müssen sicherstellen, dass der Rehabilitationsprozess nicht weiter zur Vertreibung von Dorfgemeinschaften beiträgt, die bereits durch den Tsunami ihr Zuhause verloren haben.
- Abgesehen von der materiellen Hilfe ist es wichtig, dass Regierungen und Hilfsorganisationen die in der Rehabilitationsphase auftretenden schweren Menschenrechtsverletzungen und kriminellen Machenschaften, wie Vergewaltigungen, Menschenhandel - insbesondere den Handel mit Kindern - und Korruption aufdecken und die Täter bestrafen.
- Erfahrungen und Berichte aus den betroffenen Regionen zeigen ganz offensichtlich, dass es den Regierungen nicht gelungen ist, grundlegende Standards der Nothilfe und Rehabilitation einzuhalten. Die Hilfsorganisationen haben doppelte Standards angelegt, indem sie temporäre Unterkünfte für die betroffenen Menschen errichtet haben, aber keine Sensibilität gegenüber den Lebensbedingungen an den Tag gelegt haben, wie zum Beispiel beim Bau von Wellblechhütten mit keiner oder nur geringer Belüftung in heißen und feuchten Gegenden. Wir stellen das Grundprinzip der niedrigen Standards in Frage, die die Hilfsorganisationen in den betroffenen Entwicklungsländern anlegen.
- Spezielle Teams sollten gebildet werden, die es verstehen, mit traumatisierten Menschen umzugehen und diesen Menschen Trost zu spenden.
- Unsere besondere Sorge gilt der Versorgung der Kinder, die durch den Tsunami zu Waisen geworden sind und wir hoffen, dass Organisationen, die in diesem Bereich über Erfahrungen verfügen, diesem Aufruf folgen werden. Dorfgemeinschaften sollten finanzielle Unterstützung und Ausbildungsangebote erhalten, damit ihre Kinder innerhalb ihrer Gemeinschaften bleiben können, statt zur Adoption freigegeben zu werden. Das Geld aus Entschädigungszahlungen sollte nicht vollständig aufgebraucht werden, sondern sollte treuhänderisch verwaltet werden, bis die Kinder volljährig sind. Für Teenager könnten Wohnheime eingerichtet werden.

- In betroffenen Gebieten, in denen bereits lange bestehende gesellschaftliche oder politische Konflikte herrschen, sollten Flutopfer nicht aufgrund der Tatsache, dass sie politische Flüchtlinge sind, diskriminiert werden.
- Für ein umfassendes Verständnis der langfristigen sozio-ökonomischen und ökologischen Auswirkungen der Flutkatastrophe müssen die Regierungen Untersuchungen in Auftrag geben, um die Trends der Verdrängung von Arbeitskräften, des Menschenhandels und anderer Themen sowie der Nachhaltigkeit der Entwicklung in den Küstenzonen zu analysieren. Diese Untersuchungen müssen durch vollständige Informationstransparenz bezüglich der Nothilfeszahlungen gestützt werden sowie durch eine Beurteilung, wie diese Zahlungen in den jeweiligen Situationen vor Ort geholfen haben. Die Regierungen sollten dabei von der internationalen Gemeinschaft, den Vereinten Nationen, „Geber“-Ländern und Hilfsorganisationen unterstützt werden, um die langfristigen Auswirkungen des Tsunami wirksam zu überwachen.
- Im Bemühen um Vorbeugung und Vorbereitung auf zukünftige Katastrophen dieser Art sollten die Regierungen nicht allein auf teure Hochtechnologie-Warnsysteme setzen, sondern auch die Bedeutung traditioneller, wenig technologie-intensiver Frühwarnsysteme auf Gemeinde-Ebene anerkennen und diese Systeme stärken.
- Nach einer Naturkatastrophe wie dem Tsunami und seinen Auswirkungen auf die Lebensgrundlage der Menschen vor Ort fordern wir, dass die Tourismuswirtschaft den Beweis für ihre seit langem bestehende Behauptung antritt, ‘Tourismus als Entwicklungshilfe’ zu betreiben, und dass sie ihre Behauptungen rechtfertigt, der einheimischen Bevölkerung Nutzen zu bringen, Ressourcen vor Ort zu schonen und Arbeitsrechte zu sichern.
- Die Tourismuswirtschaft muss die regionalen, nationalen und internationalen Regeln zur Tourismusedwicklung einhalten. Sie muss ihren Geschäftspartnern ebenso wie den Touristen transparent machen, in welchem Umfang ein solcher Tourismus den Menschen in den Zielgebieten nutzt.
- Die Tourismuswirtschaft sollte zwar nicht von ihrem Kerngeschäft abkommen, indem sie eine allzu wichtige Rolle im Rehabilitationsprozess spielt, doch sie muss auch anerkennen, dass sich unternehmerische Verantwortung nach einer solchen Katastrophe nicht nur auf Spenden beschränken kann. Unternehmensverantwortung im Tourismus bedeutet:
 1. Im gesamten Management des Tourismusgeschäftes sind ethische Fragen mit einzubeziehen.
 2. Verantwortung zu übernehmen für die Menschen, die geholfen haben, den Tourismus aufzubauen. Es bedeutet, Fragestellungen zu thematisieren, die sich im Hinblick auf Arbeitsrechte und Vertreibung in der Zeit nach dem Tsunami aufdrängen, auch in Bezug auf Arbeitskräfte im informellen Sektor des Tourismus.
 3. Hieraus resultiert eine Beschäftigungsgarantie für Einheimische, deren Lebensgrundlage von der kommenden Tourismussaison abhängt.
 4. Soziale Sicherheit für kleine und mittlere Unternehmen im Tourismus.
 5. Anzuerkennen, dass die einheimische Bevölkerung bei der Nutzung grundlegender Ressourcen wie Land, Wasser, sanitärer Einrichtungen und anderer Infrastruktur Priorität hat.
- In Regionen, in denen kleine und mittlere Unternehmen betroffen sind, obliegt den Regierungen die Verantwortung, diesen Unternehmen angemessene Unterstützung zukommen zu lassen, damit sie sich eine nachhaltige Zukunft aufbauen können. Kleine und

mittlere Unternehmen verfügen selten über die erforderliche Kompetenz und die Möglichkeiten, Kredite zu erhalten und Versicherungsleistungen in Anspruch zu nehmen.

- Staatliche Tourismusbehörden und –einrichtungen sowie die Tourismuswirtschaft versuchen, die betroffenen Gebiete als 'sichere Oasen' darzustellen, und zeigen hierdurch einen Mangel an Sensibilität bezüglich der vor Ort bestehenden Probleme. Eine derartige Werbung ist zu unterlassen. Stattdessen müssen die Touristen ein ehrliches Bild und geeignete Informationen erhalten, die es ihnen ermöglichen, gut informiert Reiseentscheidungen treffen zu können und ihre Sensibilität für die problematische Situation vor Ort zu erhöhen.
- Touristen sollten von den Reiseveranstaltern Transparenz einfordern, wo und wie die einheimische Bevölkerung vom Tourismus profitiert, um sie in die Lage zu versetzen, sich informiert für ein Reiseziel und ein touristisches Programm zu entscheiden. Durch den Tsunami ist es noch dringlicher geworden, dass Touristen sich gegenüber den gastgebenden Gesellschaften sensibel verhalten und die Menschenrechte und sozio-kulturellen Rechte der einheimischen Bevölkerung achten.

Bangalore, 12. Juli 2005

Arbeitskreis Tourismus & Entwicklung, Basel, <http://www.akte.ch/>

ATG-Alternative Tourism Group and Study Center, Palästina, <http://www.atg.ps/>

ECOT, Hongkong, <http://www.ecotonline.org/>

EED TOURISM WATCH, Bonn, <http://www.tourism-watch.de/>

EQUATIONS, Bangalore, <http://www.equitabletourism.org/>

ASOCIACIÓN para la DEFENSA y DESARROLLO de KUELAP, Peru, <http://www.descubrekuelap.com/>

Asian Muslim Action Network – AMAN, Bangkok, <http://www.arf-asia.org/aman/>

Dem Aufruf angeschlossen haben sich unter anderem:

Center for Just Peace, <http://daga.dhs.org/justpeace/>

Christian Conference of Asia – CCA, <http://www.cca.org.hk/>

Committee of Islamic Relief Organisations – CIRO (noch keine Web-Site)

Documentation of Action Groups in Asia – DAGA, <http://www.daga.org.hk/>

*Das „Global Tourism Interventions Forum“ (GTIF) entstand vor dem Hintergrund der anhaltenden Diskussionen zur Tourismusentwicklung, die in weltweiten Konsultationen, auf dem Weltsozialforum und in internationalen Foren wie der Kommission für nachhaltige Entwicklung (CSD) geführt wurden. Das GTIF will die Diskussion und die Beiträge zum Tourismus in vielen globalisierungskritischen und Menschenrechtsbewegungen unterstützen, stärken und weiterführen. Es engagiert sich dafür, den Charakter des weltweiten Tourismus zu verändern. Solidarisch mit Bewegungen vor Ort arbeiten wir mit Gemeinschaften, AktivistInnen und ForscherInnen in verschiedenen Teilen der Welt zusammen, um einen Tourismus zu stärken, der nachhaltig, umweltfreundlich und gerecht ist, der sich auf die Menschen konzentriert, der Geschlechtergerechtigkeit verpflichtet ist und der die Belange von Kindern berücksichtigt.

Übersetzung aus dem Englischen: EED TOURISM WATCH